

Mit amtlichen Schlusskursen.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 10 Pfennig.

Jahrgang 218

Nr. 274a

Bezugspreis: monatlich 2.00, vierteljährlich 5.00, halbjährlich 9.00, jährlich 16.00. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen und an alle Zustellstellen entgegen. — Über Gewalt erhaltene Bestellungen werden nicht angenommen.

Halle-Saale

Hallescher Preis

Die Expedition der Halleschen Zeitung ist in Halle, Markt 10, zu finden. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Druckereien und Verleger entgegen. — Die Expedition der Halleschen Zeitung ist in Halle, Markt 10, zu finden. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Druckereien und Verleger entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 560 und 5610. — Postfach 20812.

Sonntag, 22. November 1925

Geschäftsstelle Berlin, Bernburger Str. 80. Fernruf zum Kurier 12, 620. Eigene Berliner Schriftleitung. — Berlin a. Drauf von Otto Chiele, Halle-Saale

Das Locarno-Gesetz

Die Genehmigung zum Völkerbundsbeitritt

Der Wortlaut des Gesetzeswurfs

Berlin, 21. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Entwurf des Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist gestern dem Reichsrat vorgelegt. Der Entwurf umfasst drei Artikel und hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird.

Artikel 1.

Den Verträgen, die dem am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Schlussprotokoll beigefügt sind und am 1. Dezember in London unterzeichnet worden sind, nämlich:

1. dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien;
2. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien;
3. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich;
4. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen;
5. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wird zugestimmt. Das Schlussprotokoll und seine Anlagen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun.

Artikel 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.

Keine Einstimmigkeit im Reichsrat

Das Gesetz gegen 4 Stimmen angenommen.

Berlin, 21. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Reichsrat trat heute gegen 1/2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um die Locarno-Gesetze zu erledigen. In den Verhandlungen nahm auch der Außenminister teil. Auf eine Nachfrage wurde berichtet und sofort zur Abstimmung gestellt.

Vor der Abstimmung gab der Vertreter Braunauwies eine Erklärung ab, wonach Braunauwies den Gesetzen zustimme, aber zum Ausdruck bringe, daß die für die sogenannten Auswirkungen getroffenen Maßnahmen nicht ausreichend seien. Die Zustimmung erfolge nur in der Erwartung, daß entsprechend den Ausführungen des Vertreters der Reichsregierung

Rücktrittsgesuch Dr. Frenkens

Sehrenbach als Aushorher

Berlin, 21. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Am Sonnabend hatte der Fraktions-Vorsitzende des Zentrum, Sehrenbach, eine längere Besprechung mit dem Reichs-Justizminister Dr. Frenken.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat Reichs-Justizminister Dr. Frenken heute abend an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem er um seine sofortige Entlassung ersucht.

Zu den Rücktrittsbahnen des Reichsjustizministers Frenken wird von zuverlässiger Stelle mitgeteilt, daß der Minister von der Ansicht des Reichskanzlers, nach der Ratifizierung der Ermächtigungen von Locarno zurückzutreten, längst unterrichtet war. Sein Wunsch geht aber dahin, in einem anderen Kabinett den Posten des Justizministers nicht wieder zu übernehmen. Gesundheitliche oder Gründe des Alters kommen dafür nicht in Frage.

Zweiteilung der Locarno-Vorlage?

Berlin, 21. November.

(Von unserer Berliner Korrespondenz.)

In letzter Stunde ist der Oberkanzler aufgetaucht, das Locarno-Gesetz, das im Artikel I die Ratifizierung der Locarno-Verträge enthält und im Artikel II die Reichsregierung ermächtigt, die erforderlichen Schritte zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu tun, doch wieder in zwei selbständige Gesetze zu zerlegen. Auch bei der Beratung im Reichsrat ist diesem Wunsch, der besonders von Berlin und Braunschweig sehr unterstützt wurde, Ausdruck gegeben worden. Man erwartet damit,

bei der Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder weitere Maßnahmen erlassen würden. Eine ähnliche Erklärung gab der Vertreter Thüringens ab. Der Vertreter Mecklenburgs gab eine Erklärung ab, wonach Mecklenburg-Schwerin die Vorlage ablehnt.

Die Abstimmung wurde dann getrennt vorgenommen. Artikel 1, der die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrages enthält, wurde mit 56 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Pommern, Nieder-Sachsen und Mecklenburg-Schwerin. Württemberg enthielt sich der Stimme, Hessen-Nassau ließ das Protokoll offen. Zur Abstimmung über den zweiten Artikel, der die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund enthält, stellte der bairische Verband Dr. Freger einen Zusatzantrag, wonach über den Zeitpunkt des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund der Reichstag beschließen solle. Der Antrag wurde aber nicht genügend unterstützt. Die Abstimmung über den gesamten Vorlage ergab dann die Annahme mit 43 gegen 14 Stimmen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Nieder-Sachsen, Pommern, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Württemberg enthielt sich wieder der Stimme, Hessen-Nassau ließ das Protokoll offen. Es folgte die Abstimmung über die gesamte Vorlage. Sie ergab die Annahme mit 46 gegen 4 Stimmen. Dagegen stimmten wieder Ostpreußen, Pommern, Nieder-Sachsen und Mecklenburg-Schwerin. Bayern und Württemberg enthielten sich der Stimme. Hessen-Nassau ließ das Protokoll offen.

Das Programm der Locarnodebatte

Berlin, 21. November.

Der Reichsrat des Reichstages trat heute zur Beratung der Locarno-Gesetze zusammen und beschloß, daß am Montag, am 22. November, die erste öffentliche Debatte über die Regierungsvorlage über den Vertrag von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beginnen soll. Die Beratungen werden durch eine Rede des Reichskanzlers Dr. Brücker eingeleitet werden. Nach der Rede des Reichskanzlers wird sich das Plenum auf Dienstag versetzen. Am Montag nachmittag wird über die außerordentliche Sitzung des Reichstages zusammenzutreten, um über die Entwaffnungsfrage zu beraten. Die Volltätigkeit des Reichstages am Dienstag, die die Neben der Parteiführer bringen wird, soll schon um 10 Uhr vormittags beginnen. Die Debatte soll freilich am Mittwoch zu Ende geführt werden. Die zweite und dritte Sitzung soll in der Zeit vom Donnerstag bis zum Sonnabend erfolgen, sobald die deutsche Delegation am Sonnabend abends nach London abreisen könnte.

Der Reichsrat beschäftigte sich dann noch mit dem kommunistischen Antrag auf Wiedereinsetzung der während der Lokodebatte ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten. Die Angelegenheit wurde zunächst dem Geschichtsausschuss für allgemeine Prüfung überwiesen, ob die Zurücknahme des Ausschusses überhaupt möglich ist.

Die Entscheidung über den Eintritt in den Völkerbund nachhinauszuschieben, um der Entzete Gelegenheit zu geben, weitere nach Auffassung deutscher Regierungskreise zugedachte Maßnahmen zu verwirklichen. Außerdem erscheint aus verschiedenen Länder-Regierungen die Haltung der Konvention über den Artikel 16 noch nicht genau.

Ebenso steht über Herr Dr. Stresemann auf dem Standpunkt, daß das Gesetz, so wie es vorliegt, bleiben soll und so fragt es sich sehr, ob das Kabinett von sich aus an eine Änderung herantreten. Wie wir hören, soll die Wirtschaftspartei, die bisher noch keinen endgültigen Beschluß über die Stellungnahme gefaßt hat, die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Abstimmung einzubringen. Möglicherweise findet die Wirtschaftspartei mit diesem Antrag eine parlamentarische Mehrheit, durch die es dann erreicht würde, daß Deutschland sich den endgültigen Beschluß aus über den 1. Dezember hinaus noch vorbehalten vermag. Wie die Wirtschaftspartei sich zu dem Antrag stellen wird, steht noch nicht fest. Sie dürfte vermutlich die Zustimmung abgeben.

Nach in der Wapertischen Partei, die heute stundenlange Beratungen abgehalten hat, geht die Tendenz dahin, die Stimmabgabe freizugeben, da nach dem Ergaßnis der bisherigen Verhandlungen kaum eine gescheiterte Abstimmung für oder gegen zu erwarten ist. Hiemit geschloffen dürfte die Wapertische Partei für den Antrag eintreten, da sie die Abgeordneten auf Fraktionsbesitz zu binden gedenkt. Die Annahmefähigkeit der Sozialdemokratie liegt fest und nur im Zentrum besteht die Möglichkeit einer Splitterierung, die dadurch bewirkt werden soll, daß man Herrn Frenken in die Wege treibt und ihn durch Sehrenbachs Ablehnen Rücktrittsgesuches offiziell befragen läßt.

Innenpolitisch steht keine Veränderung abgesehen zu sein. Die Wapertische Partei hält nach wie vor ihren Widerstand gegen die Bildung der großen Koalition aufrecht und auch die Sozialdemokratie glaubt, dem Druck von links her schuldig zu sein, sich als Koalitionspartner anzuerkennen zu geben.

Der Absterbungsprozess im westlichen Industriegebiet

Erfredende Zunahme der Konjunktur, Geschäftsaufschwung und Arbeitslosigkeit.

Ossen, 21. November.

Der Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage in der Rheinprovinz haben sich nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes wesentlich verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. In kurzer Zeit wird die Zahl von 90 000 Unterfertigungsempfängern in der Rheinprovinz erreicht sein. Die Betriebsseinstellungen gehen ebenfalls weiter. Die Konjunktur und Geschäftsaufschwung werden sich, aus dieser Tatsache geht man allgemein den Schluß, daß sich die rückläufige Konjunktur zu einer Krise, ja sogar zu einem Absterbungsprozess ausbildet.

Zu den 90 000 kommen noch die nicht aus der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen und die teilweise arbeitslosen Kurzarbeiter. Abgesehen sind dagegen diejenigen, die erwerbslos sind oder aus einem anderen Grunde für die praktische Arbeitsvermittlung nicht in Frage kommen. Ihre Zahl ist beträchtlich. Die Arbeitslosigkeit hatte verschiedene Ursachen. Die unter der Einwirkung der Jahreszeit mit dem Winter eintretende Abnahme des Arbeitsmarktes ist diesmal früher eingetreten als gewöhnlich, so vor allem im Baugewerbe. Hier hat auch noch eine unglückliche Kapitalverteilung mitgewirkt. Ferner hat auch eine fehlerhafte Zuteilung des früheren Betriebskapitals ganz allgemein in der rheinischen Wirtschaft Schwierigkeiten hervorgerufen, die auf den Arbeitsmarkt zurückzuführen sind. In dieser Hinsicht kann man eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes bei Beseitigung der Schwierigkeiten erwarten. Die Woll- und Textilindustrie in der Rheinprovinz ist in den letzten Jahren nach den letzten und den bisherigen Erfahrungen mit einer dauernden oder immer wieder auftretenden Schwäche des Arbeitsmarktes rechnen muß. Dazu gehört der Bergbau, ferner noch oder weniger die linksrheinische Textilindustrie von Aachen bis Krefeld. Dagegen schwächere Bezirke sind Essen und Duisburg, wo der Verlust der Kriegsindustrie sich immer wieder geltend macht, der badische Wirtschaftsbezirk und Erzgebirge, die eisenverarbeitende Industrie von Ulmetingen und im Hinterland von Neuwied. Der Arbeitsmarkt der größeren Eisenindustrie um Duisburg wird aller Voraussicht nach eine geringere Aufnahmefähigkeit behalten, auch wenn sich mit der Stilllegung des Stranzen die Beschäftigung auf dem Weltmarkt bessert.

In allen diesen Bezirken und Industrien haben wir keine Konjunkturaufschwünge im engeren Sinne vor uns, sondern durchgreifende Veränderungen der Wirtschaft. Wenn hier nicht durch den Grund von Gewerkschaften unterhalten werden soll, so muß eine Entlastung dieses Arbeitsmarktes durchgeführt werden. Zur Beseitigung der augenblicklichen Not sind Notstandsarbeiten durchzuführen, die aber auf wachsende finanzielle Schwierigkeiten stoßen.

Man hat den Wunsch, zu amnestieren

Berlin, 21. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Zur Frage der Amnestierung im letzten Gesetz wird von zuständiger Stelle gegenüber berichtenden Gerichten mitgeteilt, daß bisher weder von deutscher noch von alliierter Seite Ermahnungen vorliegen. Der Reichsregierung ist lediglich bekannt, daß die Weltregierungen den Wunsch haben, Bestimmungen der Londoner Damesonkonvention, die sich auf die Amnestierung in solchen Fällen beziehen, sind lediglich für den Rückmarsch gelten, auch für das übrige befreite Gebiet für die Zeit vom 1. November 1924 bis zum 1. Dezember 1926 inhaltlich zu übernehmen. Ferner ist ein Austausch von Regierungserklärungen angesetzt worden, um die Weltregierungen zu überzeugen, daß die Bevölkerung des noch befreiten Gebietes durch locales Verhalten unterhalten werden soll, so muß eine Entlastung dieses Arbeitsmarktes durchgeführt werden. Zur Beseitigung der augenblicklichen Not sind Notstandsarbeiten durchzuführen, die aber auf wachsende finanzielle Schwierigkeiten stoßen.

Kreuzzeitungs-A. G. und Kreuzzeitung G. m. b. H.

Berlin, 20. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Meldungen über die weitere geschäftliche Leitung der Kreuzzeitung geben häufigen Anlaß zu Auseinandersetzungen in der Presse. Die Kreuzzeitung verdient nicht nur folgende Erklärung: In einigen Blättern ist häufig ungenau die Übernahme einer Generalversammlung der G. m. b. H. ein falscher Eindruck entstanden. Es war zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen worden, in der u. a. über die Liquidation der Gesellschafts-Geschäfte, die durch die Liquidation der Kreuzzeitungs-Gesellschaft mit beiderseitiger Haftung, die sich übermäßig die Folge einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, von der wir bereits vor einigen Monaten Kenntnis gegeben haben.

Sanierung der Preußischen Brauwerke A.-G., Berlin.

Zur Verwirklichung eines Finanzprogramms beantragt die Ges. Verwaltung des Grundkapitals von 440.000 M. durch Aufnahme neuer Aktien von 1.100.000 M. ...

Daß sie erleichtert wird. Montan-Werte gingen nach ihrer anfänglichen Erholung wieder um 1/4 bis 2 Proz. zurück. Die in der zweiten Vorlesung genannten Kurse bewegen sich ...

Am 21. Januar mit einer Verabfolgung der Zinsen ein. Die Zinsen werden hierher herabgeführt ...

Table with columns for stock names and prices, including 'Wertbestände Anleihen' and various bond listings.

Frankfurter Börse.

Geht, nachdem die Annahme des Vertrages von Vortage so gut wie geendet ist. Die Börsen 119 1/2, Südkorff ...

Leipziger Börse vom 21. November

Table of stock prices from the Leipzig stock exchange, listing various securities and their current market values.

Leipzig, 21. November. (Telegraph) ...

Drud und Betrag von Otto ...

Berliner Börse vom 21. November 1925

Large table of stock prices from the Berlin stock exchange, organized by sector and listing numerous individual stocks with their respective prices and market data.

Weitere Berliner Kurse.

Table listing additional Berlin stock market data, including various bonds and securities.

